

Über 43 000 Mitglieder

Mitteilungsblatt für die Mitglieder der AUNS.
Erscheint sechsmal jährlich. –
Rickli + Wyss AG, Bern

Grauer Brief 96

Zum Hineinleuchten in die Grauzonen schweizerischer Aussenpolitik

Interims-Präsident:
Nationalrat Dr. Pirmin Schwander

Vizepräsident:
Jean-Dominique Cipolla, Notar

Adresse Geschäftsstelle:
AUNS, Postfach 218, 3000 Bern 16
e-Mail: auns@auns.ch
Tel.: 031 356 27 27; Fax: 031 356 27 28

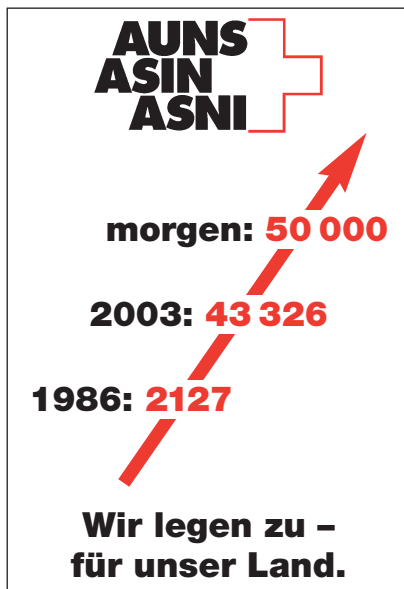
PC-Konto: 30-10011-5

Auf nach Bern – am 15. Mai 2004

AUNS: 50 000 für Unabhängigkeit und Neutralität

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Die AUNS ist die immer stärkere überparteiliche Lobby für die Unabhängigkeit und die Neutralität unseres Landes. Unser Mitgliederbestand hat sich im vergangenen Jahr um über 2000 auf 43 826 erhöht. Die «magische» Zahl von 50 000 Mitgliedern liegt in Reichweite.



Die AUNS als **überparteiliche** Volksbewegung und Opposition, die **ungebunden, kompromisslos und geschlossen** für die Unabhängigkeit und die Neutralität einsteht, ist noch wichtiger geworden, seitdem die SVP stärker im Bundesrat eingebunden ist.

Unser Hauptziel ist die **Verhinderung eines EU-Beitritts**. Wir werden nicht zulassen, dass die Stärken und Besonderheiten unseres Landes preisgegeben werden. Und folgerichtig haben wir auch den Kampf gegen die «Vorstufen» eines EU-Beitritts – gegen Schengen und die erweiterte Personenfreizügigkeit – zu führen:

Denn Nein zur EU muss auch heissen:

- **Nein zu Schengen**
- **Nein zu einem uneingeschränkten freien Personenverkehr mit den neuen EU-Staaten.**

Die Mitgliederversammlung vom 15. Mai 2004 bietet Gelegenheit, unseren Willen zur Wahrung unserer Freiheit und Unabhängigkeit zu manifestieren. Kommen Sie deshalb besonders zahlreich nach Bern.

Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz
Präsident ad interim:

Dr. Pirmin Schwander
Nationalrat

Geschäftsführer:

Hans Fehr
Nationalrat

Samstag, 15. Mai 2004, 10.30 Uhr:

Mitgliederversammlung der AUNS in Bern, Hotel National am Hirschengraben 24

Bilaterale Verhandlungen II

AUNS-Presskonferenz vom 24.2.2004

Kompromisslos für die Interessen der Schweiz

Nein zu Schengen, zur Zinsbesteuerung und zur erweiterten Personenfreizügigkeit

Nationalrat Pirmin Schwander, Interimspräsident der AUNS, Nationalrat Hans Fehr, Geschäftsführer, und sein Stellvertreter Werner Gartenmann haben an einer Medienkonferenz die wachsende Bedeutung und die aktuelle politische Stossrichtung der AUNS aufgezeigt. Sie konzentrierten sich dabei auf die Schwerpunkte Schengen, Zinsbesteuerung und erweiterte Personenfreizügigkeit. In all diesen Bereichen würde die EU massiv in unsere Souveränität eingreifen.

Sündenfälle in Bundesbern

Weil in «Bundesbern» ein politischer Sündenfall auf den andern folgt, ist die Arbeit der AUNS nötiger denn je:

Der Bundesrat weigert sich, im Widerspruch zur Bundesverfassung und zum Volkswillen, das EU-Beitrittsziel aufzugeben und das Gesuch zurückzuziehen. Stattdessen setzt eine bundesrätliche Mehrheit alles daran, «Beitrittschancen» abzubauen und den Beitritt durch die Schengener Hintertür zu forcieren.

Bundesrat Leuenberger lässt in devoter Schwäche zu, dass die Schweiz in Sachen Luftverkehr über den Tisch gezogen und diskriminiert wird.

Der Gesamtbundesrat schaut (Stand bei Redaktionsschluss) tatenlos zu, wie die rot-grüne deutsche Regierung die Per-

sonenkontrollen an unserer Grenze in schikanöser Weise verschärft. Offensichtlich will man damit von der Schweiz das Zinsbesteuerungsabkommen erpressen und via Schengen unser Bankkundengeheimnis aushebeln.

Der Chef VBS lässt seinen Armeechef verfassungswidrig herumplaudern, die Zeit der autonomen Verteidigung sei vorbei. Zudem sollen bis 10 000 Schweizer Soldaten im Ausland mit NATO-Verbänden ins Manöver ziehen.

Die Vorsteherin des aussenpolitischen Departementes legt einen fast krankhaft anmutenden neutralitätswidrigen Aktivismus an den Tag und meint, sich «im Namen der Schweiz» in fast jeden internationalen Konflikt einmischen zu müssen.

(Die Beispiele lassen sich beliebig fortsetzen.)

Nein zu Schengen

Die AUNS bekämpft das Schengener Abkommen vor allen aus drei Gründen:

1. Kolonialvertrag

Schengen ist im Widerspruch zur Schönrederei in Bundesbern ein unwürdiger Kolonialvertrag. Wir würden uns zur Übernahme des heutigen und künftigen Schengener Rechts verpflichten und die Schweiz in immer mehr Bereichen fremdem Recht unterstellen (Vergemeinschaftung der Asyl- und Visapolitik, Einschränkung der Polizeihochheit der Kantone, Gefährdung unseres freiheitlichen Waffenrechts usw.)

2. Kriminalitätsimport

Der Abbau der Personenkontrollen an der Grenze bringt mehr Kriminalität, mehr illegale Einwanderung. Durch die Osterweiterung der EU wird die Situation massiv verschärft, denn die neue Ostgrenze ist löcherig wie ein Emmentaler Käse. Wer den Grenzschutz Europas an die weissrussische und ukrainische Grenze (Schengener Aussengrenze!) verlegt und den Rest Europas «kollektiver Sicherheitszuständigkeit» überlässt, liefert Europa der organisierten Kriminalität aus.

3. Angriff auf Bankkundengeheimnis

Die Rechts- und Amtshilfepflicht à la Schengen setzt Steuerhinterziehung (in der Schweiz ein Übertretungsdelikt) mit Steuerbetrug gleich. Damit würde unser Bankkundengeheimnis preisgegeben.

Nein zur Zinsbesteuerung

Die AUNS lehnt auch das Zinsbesteuerungs-Abkommen, das uns die EU aufzwingen will, entschieden ab. Damit müssten wir ausländische Geld- und Vermögenswerte, die in der Schweiz angelegt sind, besteuern und drei Viertel dieser Steuern an die EU abliefern. Wir würden «geben» und dafür nichts «bekommen». **Dass ein souveränes Land für eine aussenstehende Macht Steuern einreibt, wäre ohnehin einmalig auf der Welt!**

(Fortsetzung Seite 4)

AUNS-Pressekonferenz: Pressespiegel (Auszug)

«Arbeitsteilung» mit Blocher

Auns will als «Lobby für die Schweiz» gegen den EU-Beitritt ankämpfen

BERN. Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) will auch nach der Wahl ihres Gründers Christoph Blocher in den Bundesrat als «kompromisslose Lobby für die Schweiz» auftreten.

JÜRIG SOH

DIE AUNS IM JAHR EINS NACH BLOCHER

Neutralitätspolitische «Sündenfälle» verhindern

Ihres Gründervaters Blocher beraubt, gibt sich die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz erst recht kämpferisch.

Aber auch das Zinsbesteuerungsabkommen findet bei der Auns keine Gnade: «Dass ein souveränes Land eine ausserstehende Macht ist und abh...»

INLAND

Neues Bülacher Tagblatt

«Lobby für Unabhängigkeit und Neutralität»

Auns zeigt keine Kompromissbereitschaft nach der Wahl von Christoph Blocher in den Bundesrat

Bern (pd) Nationalrat Pirmin Schwander, seit Neujahr Interims-Präsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), sowie Nationalrat und Geschäftsführer Hans Fehr und sein Stellvertreter Werner Gartenmann, haben an der gestrigen Medienkonferenz die Bedeutung der AUNS für die Schweiz betont.

Die referendums- und initiativfähige AUNS, so Fehr, sei nötiger denn je, weil in Bundesbern «ein neutralitäts- und souveränitätspolitischer Sündenfall auf den andern» folge. Er verurteilte die «late Departementsführung» im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit.

Immer mehr Mitglieder

Ungebrochen scheint bei der Auns der Zustrom neuer Mitglieder zu sein. Im letzten Jahr bezeichnete man in der Auns-Zentrale 2000 Neumitglieder. Mit 43 000 Mitgliedern sei man eine referendumsfähige Volksbewegung, meinte Schwander. Angestrebt werde nun das Ziel von 50 000 Mitgliedern. Als Nächstes werde man «die Staatspropaganda des Bundesrats anprangern, Vorstösse und nötigenfalls eine Volksaktion durchführen», so Schwander. Die Propaganda von Bundesverwaltung hätten unhaltbare Aussagen gemacht.

lich vermehrt zu bieten müsse. Auf finanzieller Mittel befinden sich nur muss die Auns Kampagnen und Absatztig Kosten sparen.

Der im Vergleich eher bloss wird der soll an der 15. Mai zum ten gewählt werden. bisherigen Vorst sei, dass bis zu 1000 Vorschläge sagte Fehr.

Im Jahr eins nach Blocher

Auns kämpft gegen Schengen und Personenfreizügigkeit

bre. Bern, 24. Februar

Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) will sich auch nach der im vergangenen Dezember erfolgten Wahl ihres lang-

men des Schengener Informationssystems (SIS) und des Fingerabdrucksystems Eurodac bezeichnet. Im Falle eines Scheiterns von Schengen wäre es am Bundesrat, zu prüfen, ob diese Kooperation im Gegenzug zum Zinsbesteuerungsabkom-

«Antreten, wo Blocher scheitert»

Auns Organisation lehnt heute neue bilaterale Verhandlungen ab

Auch ohne Christoph Blocher bleibt die Auns sich selbst: Sie sagt Nein zum Zinsbesteuerungsabkommen, Nein zur Personenfreizügigkeit mit den neuen EU-Ländern. Schengen... üft

Beim Scheitern von Schengen ...

Beim Scheitern von Schengen wäre nach Ansicht der AUNS ein Austausch von Fahndungsdaten über gesuchte Personen sowie von Fingerabdrücken im Asylbereich zwischen der Schweiz und der EU zu prüfen. Dies ist möglich, wenn die Schweiz technisch am Schengener Informationssystem (SIS), welches die Daten von gesuchten Personen speichert, «andocken» kann, sowie am Fingerabdrucksystem «Eurodac», welches Mehrfach-Asylgesuche verhindern soll.

Im Gegenzug zu diesem rein technischen Informationsaustausch, der auch im Interesse der EU liegt, könnte die Schweiz allenfalls die Zinsbesteuerung gewähren.

Nein zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit

Eine Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten, die am 1. Mai 2004 zur EU kommen, hätte schwere Belastungen und Risiken für die Schweiz zur Folge. Insbesondere müsste die Schweiz mit einer **massiven Arbeitslosigkeit** rechnen, weil viele Firmen in die billigen Produktionsgebiete im Osten abwandern würden. Ebenso wäre mit Sozial- und Arbeitslosenkosten in Milliardenhöhe zu rechnen. Denn bei der Arbeitslosenversicherung haben auch EU-Bürger nach zwölfmonatiger Beitragszeit Anrecht auf Leistungen. Zudem können EU-Bürger ihre Familien in der Schweiz krankenversichern – auch wenn diese im Heimatland bleibt.

Die Schweiz braucht keine Personenfreizügigkeit, sondern gute Arbeitskräfte. Diese sind vorab mit Kontingenten im Rahmen des neuen Ausländergesetzes zu sichern.

Zudem sind die längeren Übergangsfristen, welche die EU gewähren will, reine *Bauernfängerei*. Ein schlechtes Abkommen ist auch in einigen Jahren schlecht!

Die AUNS fordert: Über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit und über neue Dossiers sind bis zum Jahr 2009 keine Verhandlungen zu führen. Erst wenn das Schweizer Volk nach 7-jähriger Erfahrung mit der Freizügigkeit innerhalb der heutigen EU (EU-15) über deren Weiterführung entschieden hat, können neue Verhandlungen in Frage kommen.

Presse-Mitteilung vom 9. März 2004

Grenz-Schikanen durch Deutschland

Bundesrat muss gegen deutsche Erpressungsversuche antreten!

Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) verurteilt die schikanöse Verschärfung der Personenkontrollen an der schweizerisch-deutschen Grenze, die offensichtlich auf Geheiss der rot-grünen Regierung Schröder erfolgt, aufs schärfste. Die AUNS fordert den Bundesrat auf, in Berlin unverzüglich zu intervenieren und Retorsionsmassnahmen (Gegendruck-Massnahmen) für deutsche Personen- und Transitlastwagen anzudrohen und vorzubereiten.

Nachdem der deutsche Bundesgrenzschutz seit kurzem gegenüber dem Nicht-Schengenland Schweiz ohne zwingenden Grund schikanöse Grenzkontrollen durchführt, die

kilometerlange Staus verursachen, muss der Bundesrat sofort handeln.

Die willkürliche und diskriminierende Massnahme ist offenbar ein Druckversuch (wie er in der EU üblich ist), um von der Schweiz das Zinsbesteuerungsabkommen zu erpressen und danach – via Schengener Abkommen und über die so genannte Betrugsbekämpfung – unser Bankkundengeheimnis auszuhebeln und unseren Finanzplatz zu schwächen.

Das von Sozialisten regierte Deutschland bedient sich Mittel, die im Europa von heute und unter Nachbarn endgültig der Vergangenheit angehören sollten.

Bundesrat Leuenberger, der sich von seinen deutschen Genossen schon mehrfach über den Tisch hat ziehen lassen, muss – unterstützt vom Gesamtbundesrat – sofort und mit aller Klarheit in Berlin intervenieren und wirksame Retorsionsmassnahmen gegen deutsche Personen- und Transitlastwagen einleiten. So z.B. mit einem «Dienst nach Vorschrift» durch das Schweizerische Grenzwachtkorps und mit einer rigorosen Kontrolle deutscher Transit-Lastwagen. Der Bundesrat muss endlich für die Interessen der Schweiz kämpfen, statt als williger Handlanger deutsche und EU-Interessen zu vertreten.

Aus der EU

«Spanien geht es gut, wenn es den Deutschen schlecht geht»

Spaniens inzwischen abgewählter Regierungschef Aznar hat kürzlich den wirtschaftlichen Erfolg seines Landes gerühmt. Vergessen wir nicht: Seit dem EU-Beitritt Spaniens wurden über 150 Milliarden Franken EU-Subventionen bezahlt. Die Aargauer Zeitung vom 24.2.2004 schreibt: «Spaniens wirtschaftlicher Aufstieg und Deutschlands Einkommensabstieg gilt als Erfolg der EU-Politik, die (...) regionale Wohlstandsunterschiede einebnen will.»

Das heisst also, auch der Schweizer Bevölkerung soll es offenbar schlechter gehen, damit es anderen besser geht ...

EU: Wer zahlt? Wer bezieht? (im Jahr 2002)

	in Millionen Franken	in % des Brutto-Nationalproduktes (BNE)
Zahler		
Deutschland	7 602	0,24
Grossbritannien	4 355	0,17
Italien	4 327	0,23
Niederlande	3 282	0,51
Frankreich	3 276	0,14
Schweden	1 120	0,29
Belgien	384	0,10
Österreich	339	0,11
Dänemark	247	0,09
Luxemburg	74	0,25
Finnland	9	0,00
Bezüger		
Spanien	13 306	1,29
Griechenland	5 082	2,39
Portugal	4 038	2,14
Irland	2 365	1,50

[Quelle: NZZ online, 27.10.03]

Plaudereien eines Botschafters

Der deutsche Botschafter in Bern, Frank Elbe, liess in einem Interview verlauten:

- «In Deutschland hat die Schweiz einen Freund!»
«Die Zusammenarbeit unserer Regierungen ist gut.»
- «Ich bedaure, dass EU-Gegner nur an der Oberfläche surfen.»
- «Der EU-Beitritt wäre im Interesse der Schweiz.»

[Der Bund, 07.02.2004]

(Kommentar überflüssig!)

Gelesen ...

- «Ein Vollbeitritt der Schweiz zur EU hätte tief greifende Veränderungen im monetären und im politisch-institutionellen Bereich zur Folge, die über die wirtschaftspolitische Dimension hinausgehen.» [Wirtschaftspolitisches Grundsatzpapier vom Februar 2004 der Swissmem – Die Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie]



Mitglieder-Wettbewerb

Unabhängig von der Zusammensetzung des Parlamentes und des Bundesrates müssen wir die AUNS verstärken. Denn der Beitritt zu Schengen, zur EU und zur Nato sowie die Bestrebungen zum Abbau der direkten Demokratie sind noch nicht vom Tisch. Wir bitten alle Mitglieder, Gönner und Sympathisanten mitzuhelfen, den Mitgliederbestand zu erhöhen.

Vergessen Sie nicht, unter «Geworben durch» Ihren Namen und Adressangaben aufzuführen.
Herzlichen Dank! (Bitte Talon auf der letzten Seite benützen!)

(Der Wettbewerb läuft bis 8. Mai 2004. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt.

Die neuen Mitglieder, Gönner und Sympathisanten müssen Ihren Beitritt mit Ihrer Unterschrift bestätigen.)

Stationen einer falschen Aussenpolitik

Fehler 1: EU-Beitrittsdrang

Der Bundesrat will die Schweiz in die EU treiben. Das Schweizer Volk hat sich jedoch mehrfach gegen die EU ausgesprochen (u.a. haben am 4.3.2001 77 % der Stimmbürger und alle Kantone die EU-Beitrittsinitiative abgelehnt). Das Volk will den bilateralen Weg. Solche Verhandlungen sind im Interesse des Landes zu führen.

Fehler 2: Verhandlungs-Parallelismus

Kaum hatte das Schweizer Volk 1999 den Bilateralen I zugestimmt (u.a. freier Personenverkehr mit der EU-15), drängte die EU auf den Abschluss von weiteren zwei Abkommen zur **Zinsbesteuerung** (angeblich contra «Steuerflucht») und zur **Betrugsbekämpfung** (contra «Geldwäscherei/Schmuggel»). Der Bundesrat forderte daraufhin gleichzeitige Verhandlungen in sieben weiteren Bereichen und «schnürte» das Paket Bilaterale II (Parallelismus). Der Bundesrat will insbesondere dem Abkommen Schengen/Dublin beitreten.

Fehler 3: Schengen-Schönrednerei

Obwohl Schengen gravierende Nachteile bringt, wird dieses Abkommen in Bundesbern schön-geredet. Noch 1999 stellte der Bundesrat fest, dass über Schengen aus Gründen der Souveränität nicht verhandelt werden könne (siehe Kasten «Ist der Bundesrat...?»). Aber Schengen ist in der Zwischenzeit in seinen Auswirkungen keineswegs abgeschwächt worden. Heute will der Bundesrat mit «Schengen» EU-Beitritts-Hürden abbauen. Die Übernahme des Schengener Rechtsbestandes würde die

Schweiz in vielen Bereichen noch «EU-beitrittsfähiger» machen. Zudem würde der Wirtschaftsstandort Schweiz durch die Schwächung des Finanzplatzes (Bankgeheimnis) verschlechtert. Der Bundesrat weiss, dass er eine EU-Beitritts-Abstimmung verlieren würde. Mit den Schlagworten «Mehr Sicherheit dank Schengen» und «Weniger Asylmissbrauch dank Dublin» soll das Volk geködert werden.

Ist der Bundesrat noch glaubwürdig?

Der Bundesrat stellt in der «Botschaft zur Genehmigung der sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EG» vom 23. Juni 1999 fest, «**dass solche Verhandlungen für jene Bereiche nicht in Frage kommen, bei deren Regelung Souveränitätsübertragungen an supranationale Instanzen unerlässlich sind (Zollunion, Währungsunion, Schengen, Aussenhandels- und Sicherheitspolitik) ...**»

Und heute drängt der Bundesrat mit aller Kraft ins gelobte Schengenland.

Fehler 4: Erweiterte Personenfreizügigkeit

Weil die EU auf den 1. Mai 2004 um zehn neue Staaten erweitert wird (Osterweiterung), verlangt die EU, dass die Schweiz die heute mit den 15 aktuellen EU-Staaten beschlossene Personenfreizügigkeit auch auf diese Staaten ausweitet.

Der Bundesrat behauptet, die Osterweiterung bringe für unser Land ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von 1 bis 2 Milliarden Franken. Aber über das enorme Risiko,

- dass unsere Löhne durch Billigarbeiter unter Druck geraten,
- dass freie Berufe wie Ärzte, Architekten, Ingenieure noch mehr Konkurrenz erhalten,
- dass die Arbeitslosigkeit sowie die Sozial- und Arbeitslosenleistungen massiv zunehmen,
- und dass das Ausbildungsniveau an unseren Schulen weiter absacken wird,

verliert der Bundesrat kein Wort.

EU übernimmt 10 neue Staaten mit schlechten Wirtschaftsleistungen und zum Teil hoher Arbeitslosigkeit:

	BIP* 2001 pro Kopf in Euro	Arbeitslosigkeit 2002 in Prozent
Zypern	14 550	5,3
Tschechien	6 170	7,4
Estland	4 510	9,1
Ungarn	5 670	5,6
Litauen	3 850	13,1
Lettland	3 610	12,9
Malta	10 320	7,5
Polen	5 280	20,0
Slowenien	10 520	6,0
Slowakei	4 250	19,4
EU-15	23 210	7,6
Schweiz	38 400	2,5

*Bruttoinlandprodukt

[Quelle: Tagesanzeiger, 14.05.2003]

AUNS will Kurs-Korrektur

1. Die AUNS wird «Schengen» mit dem Referendum bekämpfen. Wenn Schengen «wegfällt», so können die übrigen bilateralen Verträge des Paketes II (u.a. Abbau von Zöllen und Exportsubventionen bei verarbeiteten Landwirtschaftsprodukten) dennoch abgeschlossen werden.
2. Eine technische Zusammenarbeit mit dem «Schengener Informations-System (SIS)» und «Eurodac» ist anzustreben. Ob im Gegenzug dafür die Zinsbesteuerung in Frage kommt, ist zu prüfen.

3. Die AUNS wird eine Blanko-Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten mit dem Referendum bekämpfen, sofern keine griffigen und zwingenden Limiten eingebaut werden.
4. Die EU könnte bei einem Nein die Personenfreizügigkeit und das Paket der Bilateralen I zwar theoretisch innert sechs Monaten kündigen. **Sie wird sich aber davor hüten!** Denn die EU würde sich ins eigene Fleisch schneiden (Wegfall der bereits praktizierten Personenfreizügigkeit, Aufhebung des Transitabkommens mit den Alpentransversalen, wovon auch Deutschland profitiert).



Einbürgerung

Mit dem Bundesgerichtsentscheid, der Einbürgerungen an der Urne ausschliesst und auch entsprechende Gemeindeversammlungs-Entscheide einschränken will, wird die direkte Demokratie in einem zentralen Bereich aufgehoben. Dazu kommen die Forderungen nach einem Beschwerderecht gegen negative Einbürgerungsentscheide so-

wie nach automatischer Einbürgerung für die so genannte dritte Generation.

So wird letztlich ein Rechtsanspruch auf Einbürgerung geschaffen, und der Schweizer Pass droht regelrecht verschleudert zu werden. Damit ist auch unsere Souveränität und die direkte Demokratie in Gefahr.

Im April 2004 wird deshalb eine Volksinitiative lanciert, um diese Irrwege und insbesondere den verfehlten Bundesgerichtsentscheid zu korrigieren.

Die AUNS wird diese Initiative tatkräftig unterstützen. Sie werden die Unterschriftenbogen rechtzeitig erhalten.

Asylmissbrauch

Keine Trendwende

«Auch wenn sich die Zahl der im Jahr 2003 eingereichten Asylgesuche im Vergleich zum Vorjahr verringert hat, heisst das noch lange nicht, dass diese Beruhigung von Dauer sein wird. Politische Umwälzungen, Kriegswirren, Naturkatastrophen u.a. können die Migration nach Europa wieder anschwellen lassen. Um für diesen Fall gewappnet zu sein, müssen die Hausaufgaben jetzt gemacht werden. Da dies ohne ständigen Druck auf die Landesregierung nicht geschieht, ist

die dritte Asylinitiative zur Verschärfung des Asylgesetzes dringend nötig.»

Max P. Morf, Genf

Die Schweiz ist «Spitze»

«Die Schweiz steht mit der Zahl neuer Asylgesuche im Vergleich zur Bevölkerungszahl europaweit immer noch an der Spitze. Deshalb fordern auch die Ostschweizer Justiz- und Polizeidirektoren eine härtere Asylpolitik, kürzere Verfahren und raschere Ausschaffungen. Somit verdient nach der knappen Verwerfung der zweiten Asylinitia-

tive (mit 50,1%!) die dritte Auflage der Initiative unsere volle Unterstützung.»

Richard Martin, Luzern

Weil der milliardenteure Asylmissbrauch nach wie vor grassiert, wird die AUNS auch die dritte Asylinitiative, die im Sommer 2004 lanciert wird, mit aller Kraft unterstützen.

Wir bitten Sie heute schon, sich dannzumal tatkräftig an der Unterschriftensammlung zu beteiligen.

Bergier in der Schule

Das neue Religionsbuch EN-BIRO, welches in den Kantonen Freiburg, Waadt und Wallis eingeführt wurde, wendet an, was Frau Dreyfuss und Professor Bergier seit Jahren fordern: Der Bergier-Bericht findet seinen Eingang in den Unterricht. Und dies auf besonders perfide Weise in einem für Achtjährige bestimmten Religionsbuch (3. Klasse).

Dort wird, durch Steuergelder finanziert, noch weiter gegangen als im Bergier-Bericht, wenn es auf Seite 98 heisst: *Die mitten in Europa liegende*

Schweiz stellt ein ideales Asyl dar, aber die Schweizer Behörden sind gegen eine Öffnung der Schweizer Grenzen für die Juden. Die Regierung verlangt, dass sie abgewiesen werden. Viele davon werden von den Deutschen verhaftet, deportiert und getötet.

Im Begleitbuch für den Lehrer wird eine Zahl der Opfer zwischen 12 000 und 24 000 angegeben, was von vielen Historikern bezweifelt wird. Dem Lehrer wird auch nahe gelegt, *nicht auf die schwierige politische und soziale Situation der Schweiz in dieser Epoche hinzuweisen.* Eine schäbigere Ma-

nipulation lässt sich gar nicht denken: 8-jährigen Schulkindern soll also eingebläut werden, dass ihre Grossväter am Holocaust mitschuldig waren, der Lehrer soll es ihnen aber so beibringen, dass sie es möglichst unreflektiert und ohne Zusatzinformationen über die damalige Situation unseres Landes übernehmen.

Und schliesslich die letzte Frage: Was hat dies alles in einem Religionsbuch unter dem Kapitel «der Tag des Sabbat» zu suchen?

Oskar Freysinger,
Nationalrat, VS

In eigener Sache...

Weitere Stützpunkt-Verantwortliche gesucht

Sie wollen ... die AUNS-Politik verbreiten
... Standaktionen und Veranstaltungen organisieren
... ein «Aktivisten-Netz» aufbauen.

Sie sind bereit, Ihre Engagements ehrenamtlich der AUNS zur Verfügung zu stellen und nehmen an den jährlich vier Stützpunktleiter-Sitzungen in Bern teil.

Wir brauchen Sie – im Interesse unseres Landes!

Bitte melden Sie sich bei:

**AUNS, Postfach 218, 3000 Bern 16,
Telefon: 031 356 27 27,
E-mail: werner.gartenmann@auns.ch**

Administratives

Die Geschäftsstelle erledigt ihre Arbeit mit möglichst geringem Aufwand, aber mit hoher Effizienz. Sie können uns dabei helfen, wenn Sie bei Einzahlungen oder Bestellungen Ihre Mitglieder-Nummer angeben. Die Nummer hilft uns, rasch und sicher die Aufträge bzw. Verbuchung zu erledigen. Sie finden Ihre persönliche Nummer auf der Adress-Etikette (siehe Abbildung). Auch unsere Gönner und Sympathisanten haben eine solche Nummer. Die Bezeichnung «Mitglieder-Nummer» heisst also nicht, dass ein Sympathisant ohne seinen Willen zum Mitglied mutiert worden ist. Wir danken Ihnen bestens.

Herrn und Frau
Urs und Ursula Muster
Guckinslandstrasse 1
9999 Schönwettertal

38140

Werden auch Sie Mitglied bei der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)

Mitglied (Ehepaar), Gönner oder Sympathisant.

Jahresbeiträge: Mitglieder Fr. 35.– (Ehepaare Fr. 50.–), Gönner Fr. 100.–, Sympathisanten nach freiem Ermessen.

Senden Sie mir ausführliche Informationen über die AUNS.

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Geworben durch: _____

Einsenden an: AUNS, Postfach 218, 3000 Bern 16
Telefon 031 356 27 27, Fax 031 356 27 28, PC-Konto 30-10011-5